



© Koto Amatsukami – stock.adobe.com

Patientenberatung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

GKV und PKV sehen den Bund in der Pflicht

Die Ampel-Koalition plant eine Neuausrichtung der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD). Geplant ist eine Trägerschaft in Form einer unabhängigen Stiftung, die von der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung (GKV und PKV) finanziert werden soll. Doch dagegen regt sich Widerstand.

In einem vom PKV-Verband beauftragten Rechtsgutachten kommt Prof. Dr. Gregor Thüsing von der Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn zu dem Schluss, dass das beim UPD-Reformkonzept vorgesehene Finanzierungsmodell verfassungswidrig sei. „Die Aufgabe der UPD ist ein auf die Gesundheitsversorgung bezogener Verbraucherschutz“, heißt es darin. Mit anderen Worten: Dem Bund obliege eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die Mittel für die UPD müssten daher aus Steuergeldern kommen und nicht aus den Beiträgen von GKV und PKV. Schon rein gar nicht dürfe man diese zwangsweise zur Finanzierung heranziehen.

Ähnlich äußert sich auch der GKV-Spitzenverband auf seiner Website: „Die Pläne der Bundesregierung gehen aus Sicht des Verwaltungsrates des GKV-Spitzenverbandes in eine völlig falsche Richtung und werden abgelehnt.“ Die geplante verpflichtende Finanzierung durch die GKV sei verfassungsrechtlich äußerst fragwürdig. Das vorgesehene Beratungsangebot der UPD solle schließlich auf sämtliche gesundheitliche und gesundheitsrechtliche Fragen ausgerichtet sein, und dies unabhängig vom Inhalt des Versicherungsumfanges in der GKV. Die Bundes-

regierung werde daher aufgefordert, ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung aufzunehmen und die Zweckentfremdung von Beitragsmitteln zu beenden.

Die Krankenversicherer müssten auch weit mehr in die UPD stecken als bisher. Die jährliche Finanzspritze liegt derzeit bei etwa neun Millionen Euro, von denen die GKV den Löwenanteil trägt. Der große Unterschied: bislang beruht dies auf einer freiwilligen Abmachung. Nach den Plänen von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sollen die Krankenkassen gesetzlich verpflichtet werden, die neue UPD zu finanzieren. 15 Millionen Euro sollen von der GKV kommen, rund eine Million Euro von der PKV. Beide wären dann zwar die Geldgeber, hätten aber keinerlei Mitspracherechte.

Der Noch-Geschäftsführer der Unabhängigen Patientenberatung, Thorben Krumwiede, ist vom Gesetzentwurf des BMG ebenfalls enttäuscht. Für eine Reform werde es zeitlich allmählich eng, sagte er im „Tagesspiegel“. Durch den langwierigen Streit über die Finanzierung und rechtlichen Details der anvisierten Stiftung drohe eine Unterbrechung des Beratungsangebotes, vor allem aber auch das Risiko

einer Abwanderung erfahrener Mitarbeiter. Anfang März und damit nach Redaktionsschluss dieses BZB ist der Termin für die Anhörung des Gesetzentwurfs im Gesundheitsausschuss. Die Entscheidungen von Bundestag und Bundesrat können erst im Anschluss danach erfolgen. Und all dies kann den Prozess zur Umwandlung in eine Stiftung noch erheblich verzögern.

Ingrid Scholz

Die Vergabe der UPD an die Sanvartis GmbH sorgt seit 2015 für Kritik. Mehrfach wurden die Neutralität und Qualität der Beratung in Zweifel gezogen. 2020 kritisierte der Bundesrechnungshof, dass die Sanvartis-UPD die zugesagte Anzahl an Beratungen nicht erfüllt habe. Die Abhängigkeit der UPD von Sanvartis und weiteren Unternehmen der Unternehmensallianz in wirtschaftlicher, organisatorischer und teilweise personeller Hinsicht sei geeignet, „den Eindruck fehlender Unabhängigkeit und Neutralität in der Beratung hervorzurufen“. Dies soll ab 2024 mit der Überführung in eine Stiftung anders werden.

München, 19. bis 21. Oktober 2023
The Westin Grand München

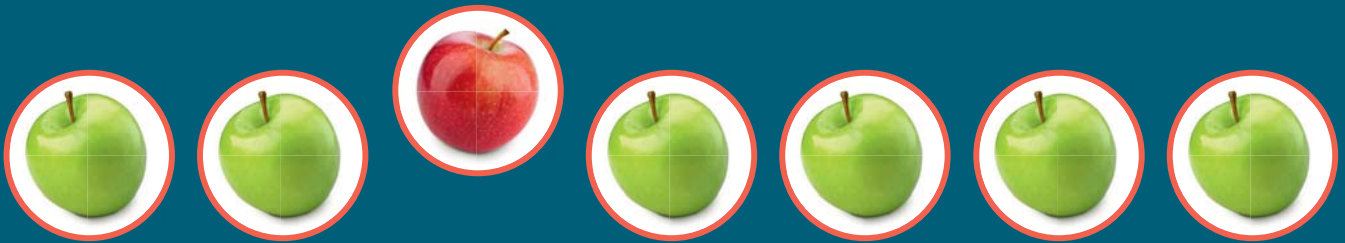
64. Bayerischer Zahnärztetag



Bayerische
LandesZahnärzte
Kammer



SAVE THE DATE



Der kleine (große) Unterschied Patientenindividuelle Planung und Therapie

Informationen: OEMUS MEDIA AG
Telefon: +49 341 48474-308 | Fax: +49 341 48474-290
E-Mail: zaet2023@oemus-media.de

www.blzk.de | www.eazf.de | www.kzvb.de
www.bayerischer-zahnaerztetag.de | www.twitter.com/BayZaet